

Als sich im Bezirk Potsdam zeigte, daß die Grundorganisationen über die Anfänge zu solchen Auseinandersetzungen von sich aus nicht hinaus kamen, beschloß das Büro der Bezirksleitung, daß die übergeordneten Leitungen die Hilfe organisieren müssen. Das war im Prinzip absolut richtig. Die Maßnahmen, die auf Anweisung des Büros der Bezirksleitung nun von den Kreisleitungen ergriffen wurden, widersprachen jedoch den Hinweisen des 35. Plenums.

In der Bezirksleitung Potsdam und in allen Kreisleitungen wurde je eine besondere Kommission gebildet, die die Aufgabe hatten, die Sekretäre der Grundorganisationen so anzuleiten, daß die Streichung inaktiver Mitglieder und Kandidaten sowie parteifremder Elemente schneller vorankommt. In der Praxis sah das dann so aus, daß die Parteileitungen, mitunter sogar nur der Parteisekretär und einige ausgesuchte Genossen, sich mit solchen Mitgliedern und Kandidaten beschäftigten und ihre Vorschläge auf Streichung den Kreiskommissionen unterbreiteten. Die von den Kreiskommissionen beschlossenen Streichungen wurden den Mitgliederversammlungen der betreffenden Grundorganisationen lediglich zur Bestätigung vorgelegt bzw. zur Kenntnis gebracht.

In den wöchentlichen Berichten der Kreisleitungen über den Stand des innerparteilichen Wettbewerbs zu Ehren des V. Parteitages mußten die von der Kreiskommission beschlossenen Streichungen aufgeführt werden. Von einer gründlichen ideologischen Auseinandersetzung mit Karrieristen und parteifremden Elementen konnte keine Rede sein. Die ganze Sache war gewissermaßen zu einer Wettbewerbsangelegenheit geworden, in der die einzelnen Kreisleitungen nicht gerade an letzter Stelle stehen wollten.

Das, was das Büro der Bezirksleitung mit seinem Beschluß beabsichtigte: nämlich eine höhere Aktivität in den Grundorganisationen und eine prinzipielle Auseinandersetzung mit den Mitgliedern, die diese Entwicklung behindern, konnte mit dieser Methode nicht erreicht werden. Im Sinne der Beschlüsse des 35. Plenums wäre es notwendig gewesen, diese Frage im Zusammenhang mit den politischen und ökonomischen Aufgaben und der Auseinandersetzung über die führende Rolle der Partei auf die Tagesordnung der Mitgliederversammlung zu setzen und sie zum Gegenstand der ideologischen Diskussion über das Verhältnis der Genossen zur Partei zu machen. Nur bei solchen Auseinandersetzungen hätte sich bei allen Genossen auch die Überzeugung von der Richtigkeit der Streichung unwürdiger Elemente aus der Partei gefestigt, die erzieherische Aufgabe der Mitgliederversammlung wäre erfüllt worden und die Aktivität gewachsen. Wird dagegen die kollektive Mitarbeit der Parteimitglieder durch bevormundende Beschlüsse der Leitungen eingeengt, so fördert das nicht die Aktivität der Genossen, sondern hemmt sie. Die Mitgliederversammlung kann ihre Aufgabe als Forum der Parteierziehung für alle Mitglieder und Kandidaten nicht erfüllen, wenn die Auseinandersetzungen nur in der Parteileitung geführt werden und der Mitgliederversammlung lediglich das Recht zugestanden wird, die gefaßten Beschlüsse zu bestätigen oder zur Kenntnis zu nehmen. Das Recht jedes einzelnen Mitgliedes und Kandidaten, an der Erörterung aller Fragen der Politik der Partei und ihrer praktischen Arbeit teilzunehmen und seine Ansichten dazu zu äußern, wie es im Statut festgelegt ist, wird dabei verletzt.

Bei Beachtung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus wären solche Überspitzungen, wie sie z. B. in der Grundorganisation der Bezirksdirektion für Kraftverkehr in Potsdam zutage traten, vermieden worden. Dort wurde